

KOMMENTAR: „Die kommunale Familie muss entlastet werden!“



Von
Günther Denzler,
Präsident des
Bezirkstags von
Oberfranken.

Die kommunale Selbstverwaltung ist in Bayern ein hohes Gut und bildet das Rückgrat des Freistaates. Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke leisten eine Vielzahl an Aufgaben, die im Laufe der Jahrzehnte immer weiter ausgebaut wurden. So sind auch die Herausforderungen immer vielfältiger und umfangreicher geworden, die auf die einzelnen Gebietskörperschaften zukommen. Die derzeitige Flüchtlingskrise und die damit verbundene Suche nach Unterbringungsmöglichkeiten ist nur eines von vielen Beispielen.

Trotz sprudelnder Steuereinnahmen und wirtschaftlicher Prosperität ächzen vor allem oberfränkische Kommunen unter drückenden Schuldenbergen. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden lag in Ost-Oberfranken zum Jahresende 2014 bei 1667 Euro. Zum Vergleich: In der Region Ingolstadt liegt sie bei 315 Euro.

Doch Jammern allein bringt uns nicht weiter! Erste Schritte in die richtige Richtung sind bereits unternommen. Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen fließen an hochverschuldete Kommunen. Die Zusage der Staatsregierung, die Kosten für die Unterbringung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge zu übernehmen, entlastet die Bezirke und damit die kommunale Familie zusätzlich. Es ist nur folgerichtig, dass die Bezirke komplett von dieser staatlichen Aufgabe entbunden werden sollen. Daher bleibt zu hoffen, dass die Staatsregierung ihrer Ankündigung auch Taten folgen lässt!

Der Bund löste im vergangenen Jahr ebenfalls ein Versprechen des Koalitionsvertrages ein und entlastet die Kommunen zunächst mit einer Milliarde Euro jährlich, später soll dieser Betrag auf fünf Milliarden Euro steigen. Bei all der Freude über diese finanzielle Unterstüt-

zung darf nicht vergessen werden, dass die Bundesregierung von der ursprünglichen Absicht abgekommen ist, und die Hilfen nicht mehr an die Reform der Eingliederungshilfe und das Bundesteilhabegesetz gekoppelt sind. Damit sind die bayerischen Bezirke als überörtliche Sozialhilfeträger von der Unterstützung abgeschnitten. Die stetig steigenden Ausgaben für die Eingliederungshilfe müssen auch weiterhin auf die Umlagezahler, die Landkreise und kreisfreien Städte, umgelegt werden. Deshalb halten die Bezirke an ihrer Forderung fest, ein Drittel der tatsächlichen Leistungen für Menschen mit Behinderung vom Bund erstattet zu bekommen!

Erster bayerischer Bezirk mit schuldenfreiem Haushalt

Der Bezirk Oberfranken geht trotz dieser hemmenden Faktoren bei der Entlastung der kommunalen Familie mit gutem Beispiel voran und hat für das Jahr 2015 als erster Bezirk in Bayern einen schuldenfreien Haushalt verabschiedet. Dadurch werden die Landkreise und kreisfreien Städte von umlagerrelevanten Zins- und Tilgungsleistungen verschont. Zudem sorgt der niedrigste Hebesatz aller bayerischen Bezirke dafür, dass die Kommunen in Oberfranken in diesem Jahr mit über 40 Millionen Euro entlastet werden konnten. Ein wichtiger Schritt, um den Gebietskörperschaften wieder etwas Luft zum Atmen zu geben und eine Maxime, an der wir in Oberfranken auch im kommenden Haushalt festhalten wollen.

Es bleibt die Hoffnung, dass sich auch Bund und Freistaat dieser Verantwortung gegenüber den Kommunen stellen und diesem Beispiel folgen. Die gute wirtschaftliche Lage könnte dazu genutzt werden, den Kommunen weitere Entlastungen zu Teil werden zu lassen. Bei der Unterbringung von Flüchtlingen ebenso wie in den wichtigen Bereichen der Eingliederungshilfe und des kommunalen Finanzausgleichs (FAG).

Experten-Fachgespräch des Bezirks über die Lage der regionalen Kinder- und Jugendpsychiatrie

„Das Allgäu ist sehr gut versorgt“

Wenn ein Kind oder ein jugendlicher psychisch gefährdet ist, dann ist das für seine ganze Umgebung eine enorme Herausforderung.“ Bezirksstagspräsident Jürgen Reichert weiß als ehemaliger Direktor einer großen Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung aus jahrzehntelanger Erfahrung, wie belastend diese Situation für die ganze Familie, aber auch für die Schule und andere Einrichtungen, die die betroffenen Kinder besuchen, sein kann.

Um dies am Beispiel des südlichen Schwaben einmal auszuleben, hatte der Bezirk zu einem Fachgespräch mit Vertretern der psychiatrischen Versorgung, der Jugendämter und der Jugendhilfe, aus dem Schulbereich und dem Gerichtswesen eingeladen. Der Bezirk Schwaben ist auf politischer Ebene zuständig für die psychiatrische Versorgung in der Region, im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie erfüllt dies im Auftrag des Bezirks die Katholische Jugendfürsorge mit eigenen Einrichtungen (Fachklinik Josefium) in Augsburg, Kempten und Nördlingen.

Die Statements machten deutlich: Geht man von den offiziellen Bedarfsangaben aus, dann ist das Allgäu im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie prinzipiell sehr gut versorgt. Allein im Bereich der niedergelassenen Kinder- und Jugendpsychiater liege der Versorgungsschlüssel derzeit bei rund 157 Prozent, so Michaela Barthel-Weis aus Kaufbeuren. Allerdings: Diese bundesweit gültigen Parameter stützen sich auf Bedarfswerte aus 1990 und halten mit der Entwicklung nicht Schritt. Denn tatsächlich nehmen sowohl bei den niedergelassenen Ärzten, als auch in der Institutsambulanz und im stationären Bereich der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie in Kempten der Aufnahmepressure, die Be-



Die Behandlungsmethoden für psychisch kranke Kinder sind aufwendiger als bei Erwachsenen.

FOTO DPA

handlungsfälle, die Dauer aufgrund der Komplexität der Krankheiten und die Belegungstage konstant zu.

„Das hat sehr vielschichtige Gründe“, betonte Professorin Michele Noterdaeme, Chefärztin der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie am Josefium. Zum einem sei erfreulicherweise die Sensibilität für das Thema gestiegen. Kinder, die früher auch mit einer schweren psychischen Erkrankung, beispielsweise einer Angststörung, unbehandelt geblieben seien, würden inzwischen schneller und richtig diagnostiziert. Zum anderen hätten sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verändert. So nehmen die Zahlen essgestörter Kinder- und jugendlicher weiter-

hin massiv zu, veränderte Wertevorstellungen und Rollenbilder haben dabei eine wesentliche Funktion.

Auch der Faktor „Armut“ präge Kindheit: „Zu uns kommen Kinder in die Klinik, die haben nichts dabei als eine Plastiktüte mit einer Hose und zwei T-Shirts.“ Allerdings warnten die Fachleute auch vor einer „Psychiatisierung“ des Problems. „Ein ärztliches Gutachten ist kein Rezept“, brachte dies Petra Mayer, Jugendamtsleiterin im Landkreis Ostallgäu, auf den Punkt. Seien Kinder psychisch auffällig, so hätten Eltern oftmals die Erwartung, ein stationärer Aufenthalt für das Kind sei die Lösung des Problems. „Wir dürfen jedoch nicht nur den medizinischen Ansatz in den Blick nehmen, sondern

müssen alle therapeutischen und pädagogischen Hilfen sinnvoll kombinieren, vor allem aber dürfen wir auch die Eltern nicht aus ihrer Verantwortung entlassen.“

Als ein Ergebnis des Fachgesprächs wurde daher vereinbart, die Zusammenarbeit der Institutionen auf eine strukturelle Basis zu stellen und regelmäßige Arbeitstreffen zur Kinder- und Jugendpsychiatrie einzuführen. Auf politischer Ebene werde man weiterhin darauf drängen, die Bedarfparameter bei der ärztlichen Versorgung an die aktuelle Situation anzupassen, betonten Reichert und Celia Wenk-Wolff, Leiterin des Referats für Gesundheitswesen und Psychiatrie beim Bayerischen Bezirkstag.

> BIRGIT BÖLLINGER

Timo Müller ist neuer Leiter des interdisziplinären Zentrums am BKH Günzburg

Kampf gegen den Schmerz

Timo Müller ist neuer Leiter des interdisziplinären Schmerzzentrums am Bezirkskrankenhaus (BKH) Günzburg. Der 37-jährige Oberarzt aus Leipzig folgt Professor Bernhard Widder nach, der zur Jahresmitte in den Ruhestand gegangen ist. Neuer Stellvertreter Müllers ist Oberarzt Peter Merz. Müller verfügt als einer der wenigen Neurologen in Bayern über die von der Ärztekammer vergebene Bezeichnung „Spezielle Schmerztherapie“. Außerdem hat er unlängst die Zusatzbezeichnung in Geriatrie erworben, ist damit also spezialisiert in der Behandlung älterer Menschen. Der gebürtige Saarländer arbeitete unter anderem zwei Jahre in der Neurochirurgie des Uniklinikums Ulm und ist seit 2013 Facharzt für Neurologie.

Das Schmerzzentrum ist an der neurologischen Klinik am BKH

Günzburg angesiedelt. „Seit zehn Jahren bieten die im BKH vorhandenen Fachgebiete hervorragende Voraussetzungen, um Patienten mit chronischen Schmerzen helfen zu können“, sagt der Ärztliche Direktor der Neurologie, Professor Gerhard Hamann.

Von chronischen Schmerzen spricht man, wenn Schmerzen ihre ursprüngliche Warnfunktion als Schutz vor Verletzungen oder lebensbedrohlichen Erkrankungen verloren haben und sich im Sinne einer „Schmerzkrankheit“ selbstständig. Für solche Patienten steht in Günzburg ein Team verschiedener Fachrichtungen rund um die Uhr bereit: Ärzte (Neurologen, Psychiater), Psychologen und Therapeuten einschließlich der therapeutischen Pflege in enger Abstimmung mit der Neurochirurgie, -Radiologie und -Anäs-

thesie am BKH. „Wir bieten eine individuell abgestimmte, multimodale Schmerztherapie an“, berichtet Oberarzt Müller.

Ganz wesentlich ist der Einsatz von Krankengymnastik und Trainingstherapie, da viele Schmerzpatienten sich aus Angst, weiter zu verschlechtern, kaum mehr bewegen. Auch Akupunktur sowie Behandlung/Training des Bindegewebes (Faszien) sind Teile der Therapie. Der jeweils behandelnde Haus- oder Facharzt meldet einen Patienten beim Schmerzzentrum an. Nach Ausfüllen eines Fragebogens wird über eine stationäre Aufnahme entschieden. Laut Müller werden die Betroffenen durchschnittlich 21 Tage in der Klinik behandelt. „Wir können anschließend eine ambulante Weiterbehandlung der Patienten anbieten“, so der neue Leiter. > GEORG SCHALK

1940 tötete die SS 192 psychisch kranke Menschen

Gedenkveranstaltung in Haar für ermordete Patienten

Sie kamen aus psychiatrischen Anstalten in Nürnberg, München oder Regensburg: Am 20. September 1940 wurden mit dem so genannten „Judentransport“ 192 jüdische Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer aus der damaligen Heil- und Pflegeanstalt Eglfing-Haar deportiert und anschließend in Hartheim in Österreich ermordet. 70 Vertreter aus der Politik, den Angehörigen- und Betroffenenverbänden und der Kliniken gedachten der Ermordeten jetzt im kbo-Isar-Amper-Klinikum München-Ost, der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalt Eglfing-Haar.

In den vergangenen Jahren haben die Historikerin Sybille von Tiedemann, Gerrit Hohendorf (Technische Universität München) und Professor Michael von Cranach (ehemaliger Ärztlicher Direktor des Bezirkskrankenhaus Kaufbeuren) sich in der Arbeitsgruppe „Psychiatrie und Fürsorge im Nationalsozialismus in München“ dieser Frage gewidmet und die Gedenkveranstaltung initiiert und u.a. in Kooperation mit dem Bezirk Oberbayern, der israelitischen Kultusgemeinde München, Beth Shalom und dem kbo-Isar-Amper-Klinikum München-Ost geplant.

„Die damalige Anstaltsleitung um den Mediziner Pfannmüller hat unfassbar große Schuld auf sich genommen, Schuld, die nicht wieder gut zu machen ist“, betonte Friederike Steinberger, stellvertretende Bezirksstagspräsidentin von Oberbayern. Sie bekannte sich zu der

Verantwortung, die der Bezirk Oberbayern auch heute noch trägt. „Wir stellen uns dieser dunklen Vergangenheit, aus Verpflichtung gegenüber den Menschen.“ Jan Mühlstein, Erster Vorsitzender der Liberalen Jüdischen Gemeinde Beth Shalom, erinnerte an die menschenverachtende Ideologie: „Mit ihrer quasi-wissenschaftlichen Argumentation haben die Nazis versucht, ihre Morde zu begründen und zu verschleiern.“ Noch heute erschüttere ihn dies, „denn jeder Mensch so sei wertvoll wie die gesamte Welt“.

„Worte können nur wenig Trost spenden“

Jörg Hemmersbach, Geschäftsführer der Klinikums, wandte sich persönlich an die Nachfahren der Ermordeten, die teilweise aus Israel zu Gedenkveranstaltung gereist waren: „Ich kann sicher nicht annähernd nachfühlen, welche Bedeutung die Rückkehr in die ehemalige Heil- und Pflegeanstalt Eglfing-Haar für Sie hat. Ich bin mir bewusst, dass Worte nur wenig Trost spenden können und Worte nichts ungeschehen machen können.“ 192 Menschen wurden am 20. September 1940 deportiert und umgebracht. Jeder dieser Menschen hatte seine persönliche Lebensgeschichte, seine Familie, seine Freunde und Bekannte. > HENNER LÜTTECKE

Weiterbildungsveranstaltung im Kloster Irrsee

Sicherheitsmaßnahmen in der Forensik

Im Jahr 2001 wurde vom zuständigen bayerischen Staatsministerium ein Konzept zur Einrichtung der Funktion eines Sicherheitsbeauftragten in der Forensik an den bayerischen Maßregelvollzugseinrichtungen vorgelegt. Darauf reagierte der Bayerische Bezirkstag als Träger der Maßregelvollzugseinrichtungen mit einem Ausbildungsplan, nach dem zum mittlerweile vierten Mal eine Weiterbildung durchgeführt wurde.

Diese Weiterbildung mit elf Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet befasste sich mit Themen, die spezialisiert Sicherheitsfragen der forensischen Psychiatrie betreffen. Immer auf dem neuesten Stand psychiatrisch-forensi-

scher Erkenntnisse, kamen unter der Leitung langjähriger Forensikspezialisten neben psychiatrischer Krankheitslehre und Kriminologie auch Rechtskunde, Krisenmanagement und viele weitere Themen zur Sprache.

Im Vordergrund der Ausbildung standen aber die eher praktischen Herausforderungen. Dazu waren vielfach Praktiker forensischer Einrichtungen, Feuerwehr, Polizei und Strafvollzug als Dozenten eingeladen, die einen umfangreichen Erfahrungsschatz vermittelten. Um diese Berichte im laufenden Betrieb mitzuerleben, wurde den Teilnehmern die Besichtigung relevanter Einrichtungen ermöglicht. Die Evakuierung einer Ein-

richtung im Brandfall und das dazu notwendige Vorgehen erfuhr der Teilnehmer in einem Planspiel hautnah.

Noch eine ganze Reihe weiterer interessanter Themen wurden angesprochen. Der Höhepunkt war dann aber die abschließende Präsentation, die jeder Teilnehmer als Abschlussarbeit vorzustellen hatte. Dabei wurden Aspekte der Sicherheitsarbeit in der forensischen Psychiatrie aus bisher nicht allgemein bekannten Perspektiven vorgestellt, die Teilnehmer brachten mit enormer Eigenleistung vielerlei neue Gedanken in das breite Feld der Sicherheit im Alltag des Maßregelvollzugs.

> JÜRGEN HOLLICK

Traditions-Literatur in den Wirtshäusern Niederbayerns

Zum dritten Mal unternimmt der Bezirk Niederbayern heuer die Wirtshausleserei, getreu der Philosophie von Maximilian Seefelder, dass man die Kunst direkt unter die Leute bringen kann. Und zwar dorthin, wo sie ohnehin gern beieinandersitzen: in die Wirtshäuser nämlich. Mit den *Donauwäldchen* setzt sich die Leserei in diesem Herbst mit einem niederbayerischen Wurzel-Strom, einer Herza-Ader auseinander, und mit allem, was ihm so zufließt und zusetzt. Da geht es um niederbayerische Landschaften und Mentalitäten, aber auch um manches, was Schriftsteller kurios und berichtenswert fanden zwischen Ulm und Wien.

Es lesen die Schauspieler Andreas Bittl und Moritz Katzmair, beide gehören unter anderem zum Ensemble der Luisenburg-Festspiele Wunsiedel. Marlene Eberwein wird an der Harfe die Lesung begleiten, denn die Harfe ist ein Fluss-Instrument par excellence. Versprochen wird ein Abend mit ebenso nachdenklich wie heiter stimmenden Texten in hochdeutsch und bairisch, ausgewählt vom Freien Journalisten und Literaturwissenschaftler Christian Muggenthaler. Der Eintritt beträgt wie immer ein Stricherl auf dem Bierdeckel.

Termine und Wirtshäuser sind am 15. Oktober das „Gasthaus Gistl“ in Frauenau, am 20. Oktober der „Obere Krieger“ in Landau, am 21. Oktober die „Schlosswirtschaft“ in Gerzen, am 22. Oktober das Lokal „Zum Haber“ in Osterhofen, am 27. Oktober das Lokal „Zur schönen Aussicht“ in Bogenberg, am 28. Oktober das Kloster Weltenburg, am 29. Oktober der „Streiblwirt“ in Passau, am 3. November der „Gasthof Freiling“ in Wurmannsquick, am 4. November der Danibauer in Freyung. > E.B.